

Aktionsbündnis Freiheit statt Angst

Bündnis für Freiheitsrechte,
gegen Massen-Überwachung und Sicherheitswahn

E-Mail: kontakt@aktion-fsa.de
Web: <http://www.aktion-freiheitstattangst.org>



Aktionsbündnis Freiheit statt Angst

—

Bündnis für Freiheitsrechte,
gegen Massen-Überwachung und Sicherheitswahn



www.aktion-freiheitstattangst.org

Aktionsbündnis Freiheit statt Angst

Bündnis für Freiheitsrechte,
gegen Massen-Überwachung und Sicherheitswahn

E-Mail: kontakt@aktion-fsa.de
Web: <http://www.aktion-freiheitstattangst.org>



Inhaltsverzeichnis

Aktionsbündnis Freiheit statt Angst

–

Bündnis für Freiheitsrechte, gegen Massen-Überwachung und Sicherheitswahn.....	1
Über das Aktionsbündnis.....	3
Arbeitsweise und Aufgaben.....	3
Koordinationsbüro.....	3
Partizipationsmöglichkeiten.....	4
...für aktive Menschen.....	4
...für Mitgliedsorganisationen.....	4
...für lokale und regionale Gruppen (Ortsgruppen).....	4
Organisationsstruktur.....	5
Ko-Kreis.....	5
Beirat.....	5
Vollversammlung.....	6
Organigramm.....	7
Gemeinsame Erklärung gegen Massen-Überwachung und Massen-Datenspeicherung.....	8

Verantwortlich und Kontakt:

Aktionsbündnis Freiheit statt Angst
Ricardo Cristof Remmert-Fontes
Malmöer Straße 6
D-10439 Berlin

Fon: +49-30-692099221
Fax: +49-30-692099229
Mobile: +49-170-2487266

E-Mail: rcrf@aktion-fsa.de

Treuhandkonto für Spenden:

Empfänger: AK Vorrat Berlin
Verwendungszeck: Aktionsbündnis
Bank: GLS Gemeinschaftsbank eG
Konto: 11 04 25 13 00
BLZ: 430 609 67

Aktionsbündnis Freiheit statt Angst

Bündnis für Freiheitsrechte,
gegen Massen-Überwachung und Sicherheitswahn

E-Mail: kontakt@aktion-fsa.de
Web: <http://www.aktion-freiheitstattangst.org>



Über das Aktionsbündnis

Das Aktionsbündnis Freiheit statt Angst ist eine Plattform, die den friedlichen Protest für eine freie demokratische Gesellschaft und gegen Massen-Überwachung, unkontrollierte Datenspeicherung und den uferlosen Ausbau des "Sicherheitssektors" koordinieren soll.

Das Bündnis soll den Dialog zwischen Gesellschaft, Verbänden und Politik in Bezug auf Sicherheits- und Überwachungsgesetzgebung befördern und versteht sich für Organisationen, Vereine, Institutionen, aktivistische Gruppen und engagierte Menschen auch als Dienstleister.

Es bündelt und verbreitet juristische und politische Expertise. Es verbreitet aktuelle Informationen zur politischen Entwicklung. Es will aufklären und informieren durch Infostände, Seminare, Vorträge und Workshops. Es organisiert und koordiniert friedlichen und kreativen Protest.

Als Dachverband in Form eines gemeinnützigen Vereins soll es auch die Interessen der Mitglieder und Mitgliedsorganisationen in nationalen und internationalen Gremien bündeln und vertreten.

Das Aktionsbündnis versteht sich als überparteilich, überkonfessionell und arbeitet mit allen Parteien, zivilgesellschaftlichen, weltanschaulichen und religiösen Organisationen und Institutionen zusammen, die sich zu einer demokratischen und freien Gesellschaft bekennen.

Das Bündnis schließt explizit die Zusammenarbeit mit gewalttätigen und menschenverachtenden Positionen aus.

Arbeitsweise und Aufgaben

Das Aktionsbündnis konzentriert sich also auf folgende Bereiche:

- **Koordination, Vernetzung und Austausch**
national (Koordinationsbüro Berlin) und international
- **Juristische, soziologische und kulturelle Expertise**
Gutachten, Stellungnahmen, Verfassungsbeschwerden und andere Rechtswege
- **Information, Bildung, Aufklärung**
Vorträge, Workshops, Seminare, Podiumsdiskussionen, Infostände
- **Aktivismus, Protest und Öffentlichkeitsarbeit**
Pressemitteilungen, Kunstaktionen, Protestaktionen, Kampagnen (on- und offline)

Koordinationsbüro

Zur optimalen Koordination wird in Berlin ein Koordinationsbüro eingerichtet, daß mit 2-3 hauptamtlichen Mitarbeitern besetzt wird.

Das **Koordinationsbüro dient vor allem als Service- und Anlaufstelle** für AktivistInnen, lokalen und regionalen Ortsgruppen, sowie Organisationen und Institutionen.

Es bietet ihnen Auskünfte, Kontaktvermittlung, Vernetzung und Informationen zu aktuellen Gesetzgebungen aus dem Bereich der Inneren Sicherheit und Überwachung, sowie zu Kampagnen und Informationen an.

Das Aktionsbündnis benötigt hierfür und für die Planung, Koordination, Durchführung und Betreuung von

- Kampagnen
- Infoständen
- Informationsabenden
- Podiumsdiskussionen
- Tagungen
- Konferenzen

Aktionsbündnis Freiheit statt Angst

Bündnis für Freiheitsrechte,
gegen Massen-Überwachung und Sicherheitswahn

E-Mail: kontakt@aktion-fsa.de
Web: <http://www.aktion-freiheitstattangst.org>



- Seminaren
- Workshops
- Protestaktionen

sowie für die eigentliche Bündnisarbeit, die Pflege von Kontakte in Politik und Gesellschaft, die Mitwirkung an politischen Entscheidungsfindungsprozessen etc. einige finanzielle Ressourcen.

Die AktivistInnen und Mitgliedsorganisationen bringen sich gemeinsam in fachspezifischen Arbeitsgruppen (BAG) ein und erarbeiten dort themenzentrierte Expertise oder auch Kampagnen.

Das Aktionsbündnis bringt sich auch in die Planung, Koordination und Organisation internationaler Kampagnen und Aktionen ein und arbeitet dafür mit internationalen Organisationen und Gremien zusammen.

Partizipationsmöglichkeiten

Das Aktionsbündnis bietet sowohl für ansonsten nicht in andere Organisationsstrukturen eingebundene Menschen Partizipationsmöglichkeiten (und lebt vor allem auch dadurch), als auch für lokale, regionale und bundesweite Organisationen, Verbände und Institutionen.

...für aktive Menschen

Aktive Menschen haben zwei Möglichkeiten, sich einzubringen:

- in den **lokalen und regionalen Gruppen (Ortsgruppen)**
- in den fachspezifischen **Lokalen Arbeitsgruppen (LAG)**

Für beides ist eine formale Mitgliedschaft normalerweise nicht erforderlich, es sei denn, dies ist auf lokaler oder regionaler Ebene anders geregelt.

Für jeden gibt es vielfältige Mitwirkungsmöglichkeiten:

- Informationsaustausch
- Hilfe (Planung, Koordination, Durchführung...) von Infoständen, Infoveranstaltungen, Protestaktionen, Kunstaktionen, Kampagnen...
- Erstellen und Verteilen von Infomaterialien (Flyer, Aufkleber, Plakate, Videos, Audiospots, Texte...)
- Design von Infomaterialien
- Design und Herstellung von sonstigen Kampagnenmaterialien
- Kontakte zu Behörden, Institutionen, Organisationen, Vereinen...

...für Mitgliedsorganisationen

Institutionen, Verbände, Organisationen, Vereine etc. haben auf drei Ebenen die Möglichkeit, sich aktiv einzubringen:

- über ihre lokalen und regionalen Gliederungen in den **lokalen und regionalen Gruppen (Ortsgruppen)**
- über den bundesweiten **Beirat**
- über die fachspezifischen **Lokalen Arbeitsgruppen (LAG)** und besondere **Bundesarbeitsgruppen (BAG)**

...für lokale und regionale Gruppen (Ortsgruppen)

Lokale und regionale Gruppen (Ortsgruppen) haben durch die Mitgliedschaft im bundesweiten Aktionsbündnis Freiheit statt Angst viele Vorteile:

- sie erhalten durch die Delegierten mehr Mitsprache im Gesamtbündnis

Aktionsbündnis Freiheit statt Angst

Bündnis für Freiheitsrechte,
gegen Massen-Überwachung und Sicherheitswahn

E-Mail: kontakt@aktion-fsa.de
Web: <http://www.aktion-freiheitstattangst.org>



- sie erhalten die Unterstützung einer bundesweiten Struktur beim Aufbau und der Weiterentwicklung ihrer eigenen Struktur
- sie können die Ressourcen des bundesweiten Bündnisses nutzen

Die Ortsgruppen benötigen übrigens nicht zwangsläufig eine feste Rechtskörperschaft (z.B. Verein), sofern sie die Legitimität der durch die Ortsgruppen entsandten Delegierten nachweisen können.

Organisationsstruktur

Als Plattform bietet das Aktionsbündnis allen Parteien, zivilgesellschaftlichen, weltanschaulichen und religiösen Organisationen, Verbänden und Institutionen eine formale Mitgliedschaft an. Formal handelt es sich beim Aktionsbündnis um einen Verein.

Dem Aktionsbündnis können einzelnen AktivistInnen ebenso angehören, wie regionale und lokale Gruppen (z.B. Ortsgruppen), virtuelle fachspezifische Arbeitsgruppen, Institutionen, Organisationen, Verbände etc.

Besonderen Wert wurde darauf gelegt, die in einer hybriden Plattform immer schwierigen Beziehung von AktivistInnen auf der einen Seite und Organisationen auf der anderen Seite auszubalancieren. Das Aktionsbündnis ist also eine Hybridform aus AktivistInnen-Organisationen, Plattform und Bündnis.

Das Aktionsbündnis besteht aus drei jeweils untergliederten Gremien:

- **Ko-Kreis**
- **Beirat**
- **Vollversammlung**

sowie aus fachspezifischen **Bundesarbeitsgruppen (BAG)**, die wiederum auch auf lokaler und regionaler Ebene ihre Entsprechung haben können (**Lokale Arbeitsgruppen, LAG**).

Die dargestellte Struktur soll eine optimale Vernetzung von AktivistInnen, Organisationen und ExpertInnen ermöglichen:

Ko-Kreis

Der Ko-Kreis besteht formal aus dem Vereinsvorstand und wird durch die Vollversammlung aller Mitglieder gewählt. Er führt die Geschäfte und vertritt das Aktionsbündnis nach außen oder bestimmt VertreterInnen aus dem Kreis der Mitglieder, die das Aktionsbündnis in externen Bündnissen, Institutionen oder sonstigen Zusammenschlüssen vertreten.

Beirat

Der Beirat besteht aus:

- den Mitgliedern des Ko-Kreises,
- gewählten Delegierten der AktivistInnen,
- gewählten Delegierten der Mitgliedsorganisationen,
- den LeiterInnen der fachspezifischen Bundesarbeitsgruppen,
- von der Mitgliederversammlung vorgeschlagenen und vom Ko-Kreis bestätigten Ehrenmitgliedern.

Der Beirat trifft die strategischen Entscheidungen, Entscheidungen über größere Kampagnen, Verwendung von Finanzmitteln für diese Zwecke etc.

Zur Wahl der Delegierten der AktivistInnen werden pro Region (Nord, West, Ost, Süd) zwei AktivistInnen gewählt. Die Aufstellung der KandidatInnen erfolgt durch die lokalen und regionalen Gruppen der jeweiligen Regionen.

Die Delegierten der Mitgliedsorganisationen werden nur von den VertreterInnen der Mitgliedsorganisationen gewählt.

Aktionsbündnis Freiheit statt Angst

Bündnis für Freiheitsrechte,
gegen Massen-Überwachung und Sicherheitswahn

E-Mail: kontakt@aktion-fsa.de
Web: <http://www.aktion-freiheitstattangst.org>



Vollversammlung

Die Vollversammlung besteht aus allen AktivistInnen, VertreterInnen der Mitgliedsorganisationen (jede Organisation hat in der Vollversammlung nur eine Stimme) und den Aktiven der Arbeitsgruppen.

Die Vollversammlung wählt die Mitglieder des Ko-Kreises, sowie des Beirats, schlägt Personen als Ehrenmitglieder vor und berät über die langfristige Ausrichtung der Arbeit des Aktionsbündnisses.

Die Bundesarbeitsgruppen bestehen aus den LeiterInnen aller Lokalen Arbeitsgruppen. Die Bundesarbeitsgruppen wählen unter sich jeweils eine BAG-Leitung, welche in den Beirat entsandt wird.

Die Mitgliedsorganisationen und weitere ExpertInnen aus dem Kreis der Aktiven können sich in zusätzlichen fachspezifischen Bundesarbeitsgruppen einbringen, ohne daß es hierzu auf lokaler Ebene eine Entsprechung geben muss.

Aktionsbündnis Freiheit statt Angst

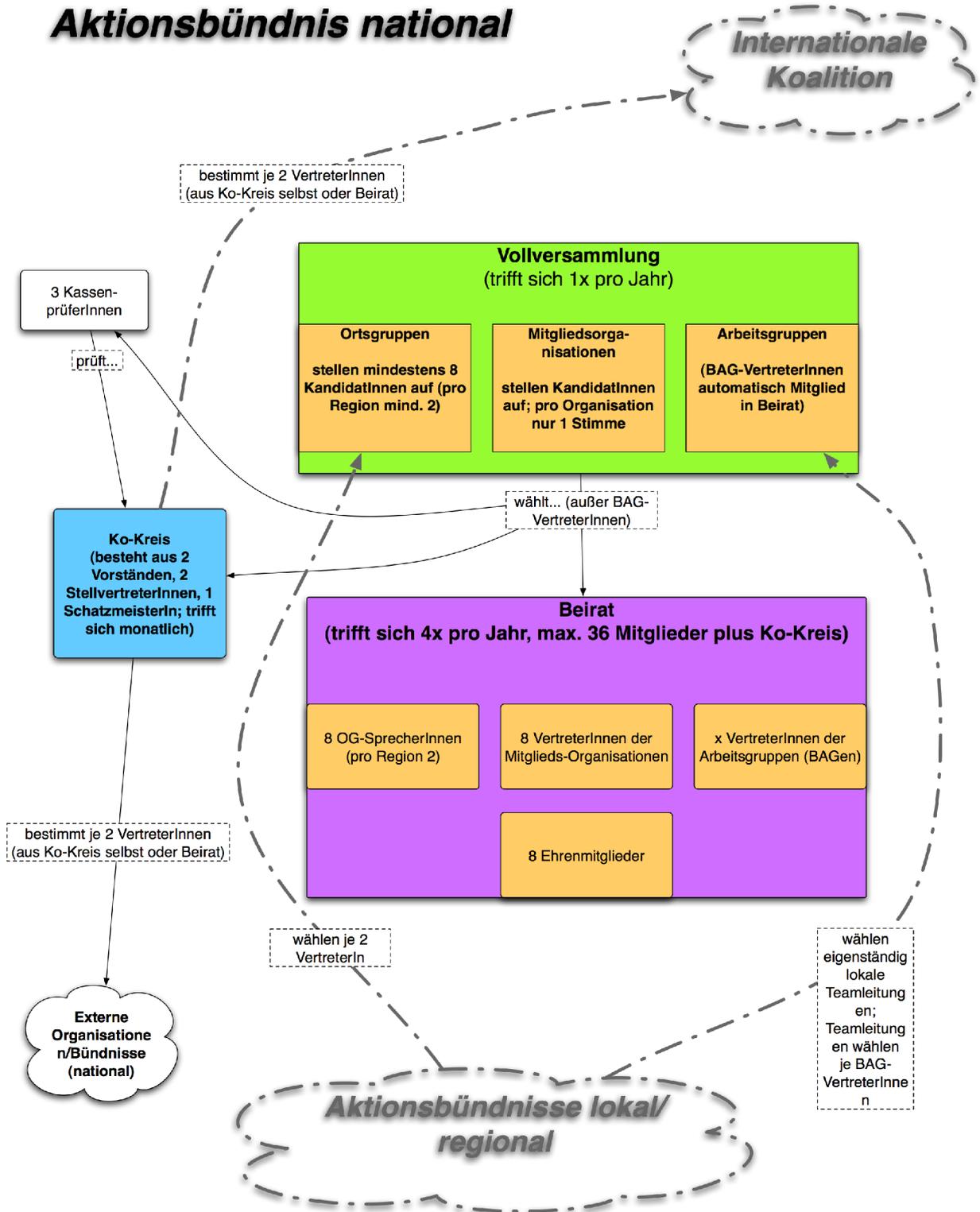
Bündnis für Freiheitsrechte,
gegen Massen-Überwachung und Sicherheitswahn

E-Mail: kontakt@aktion-fsa.de
Web: http://www.aktion-freiheitstattangst.org



Organigramm

Aktionsbündnis national



Aktionsbündnis Freiheit statt Angst

Bündnis für Freiheitsrechte,
gegen Massen-Überwachung und Sicherheitswahn

E-Mail: kontakt@aktion-fsa.de
Web: <http://www.aktion-freiheitstattangst.org>



Gemeinsame Erklärung gegen Massen-Überwachung und Massen-Datenspeicherung

In Deutschland und überall in der Welt werden seit Jahren Massen-Überwachung und zentralisierte Massen-Datenspeicherung durch den Staat ausgebaut und verstärkt. Die Überwachungsmaßnahmen umfassen die präventive und anlaßlose Speicherung von Kommunikation, Bewegungsprofilen, Steuer- und Finanztransaktionen, persönlichen Beziehungen und individuellem Verhalten, Krankheitsdaten und mehr. Begründet werden diese Maßnahmen in der Regel mit dem "Kampf gegen den Terrorismus" und der „Bekämpfung der Kriminalität“. Daten werden jedoch nicht mehr gezielt über Verdächtige gesammelt, sondern pauschal von jedem Menschen – ohne irgendeinen begründeten Verdacht.

Durch die anlaßlose Speicherung von Daten aus allen Lebensbereichen werden alle Menschen unter einen Generalverdacht gestellt. Der Ausbau der Sicherheitsarchitektur mittels Massenüberwachung bedeutet also eine faktische Abschaffung des Unschuldsprinzips, welches ein wesentlicher Grundpfeiler des demokratischen Rechtssystems ist.

Auch ist mit Massen-Überwachung keinerlei Sicherheitsgewinn verbunden, der den immensen Aufwand und die Erosion wichtiger demokratischer Normen und Werte in irgendeiner Weise rechtfertigen würde.

Indem das Eindringen in die Privatsphäre durch den Staat zum Normalfall wird, ist die Garantie der Menschenwürde nicht nur in Gefahr, sondern tatsächlich außer Kraft gesetzt: Der Mensch wird zum reinen Objekt des misstrauischen Staates. Er wird seiner Würde beraubt, indem er generell als potentieller Straftäter oder Feind betrachtet wird.

Zusätzlich zur operativen Aufrüstung durch den Einsatz der Massen-Überwachung ist auch die immer stärker voranschreitende Zentralisierung von Befugnissen und die Tendenz zur Aufweichung der Trennung von Geheimdiensten, Polizei und Militär besorgniserregend.

In der demokratischen Grundordnung eines Rechtsstaates müssen diese Organe unabhängig operieren. Die Geschichte lehrt uns durch viele Beispiele, welche Gewalt ein Staat entwickeln kann, wenn diese Trennung nicht aufrecht erhalten wird.

Der Staat ist nur dann ein demokratischer und freier Staat, wenn er sich an die selbst auferlegten Grenzen des modernen Rechtsstaatsverständnisses hält, wenn er sich selbst beschränkt und an das eigene Handeln die höchsten Wertmaßstäbe legt.

Zum Rechtsstaatsverständnis gehören auch das Verbot einer pauschalen Massen-Überwachung, also der massenhaften Verletzung der Privatsphäre und die Sicherheit des Grundsatzes, daß Grundrechtseingriffe nur ein allerletztes Mittel sein dürfen.

In einer freien und gerechten Gesellschaft muß die oberste Handlungsmaxime des Staates das Vertrauen in die Bürgerinnen und Bürger sein, und nicht das Mißtrauen. Umgekehrt müssen die Menschen grundsätzlich darauf vertrauen können, daß der Staat weitgehend auf Eingriffe verzichtet und diese nur im wohlbegründeten Einzelfall und mit richterlicher Prüfung zulässt. Im demokratischen Staat muß die Garantie der Menschenwürde und der Grundrechte absolut sein.

Als engagierte Bürgerinnen und Bürger, Vertreterinnen und Vertreter von zivilgesellschaftlichen Organisationen, fordern wir die Politik auf, sämtliche Eingriffsbefugnisse, Sicherheits- und Überwachungsgesetze von unabhängigen Stellen auf Wirksamkeit, Schadenspotenzial und Grundrechtskonformität hin zu überprüfen. Solange dieses nicht geschehen ist, fordern wir einen sofortigen Stop weiterer Überwachungs- und Sicherheitsgesetze.

Wir wollen keine Gesellschaft der Angst, wir wollen keine Gesellschaft des Mißtrauens. Wir wollen eine friedliche und freie Gesellschaft, die allen Menschen gleiche Chancen einräumt, in der niemand ausgegrenzt wird, in der niemand den allwissenden Staat fürchten muss, und Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit erhalten bleibt, Mitverantwortung zu übernehmen.

Wir sind überzeugt, daß die besten Instrumente zur Bekämpfung von Kriminalität Bildung, Armutsbekämpfung, Integration und soziale Verantwortung und politische Teilhabe sind. Hier sind Politik und Zivilgesellschaft gemeinsam gefordert, Handlungsalternativen zu entwickeln.